



Der einen Betrag von insgesamt 802 Millionen Mark gegen das Vorjahr eine weitere Zurückgabe des Anleihebonds um 20 1/2 Millionen, somit im Debitarium eine Erleichterung von 20 1/2 Millionen. Der Verschuldungszins für die schon und das ökonomische Marktelement vermindert sich um 1/2 Millionen Mark. Bei den fortwährenden Ausgaben werden für den weiteren Ausbau der deutsch-schweizerischen Hochschule wesentlich erhöht. Unter den einmaligen Ausgaben wird die Errichtung einer Baumwollspinnerei für Antwerpen, ein Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung ist eine Reihe von neuen Stellen vorgesehen, und zwar über 10000. Das Ministerium in den Belgien, das infolge der Besichtigung der Östmarkenangelegenheiten in den betroffenen Randteilen zwischen Reichs- und Landesbeamten anstehend besteht, hat die Verbindeten Regierung beauftragt, die Frage von einem ihrer Beschlußfassung zu unterbreiten. Fünf Millionen sind eingeleitet zur Fortsetzung des Fernsprechnetzes nach dem Westen. Interessieren wird die auch die in Aussicht genommene Errichtung einer Wollspinnerei in Ostafrika. Die finanzielle Verhältnisse, ungenügend es sich als nicht erfüllbar. Die eigenen Einnahmen konnten im Gesamtjahr 1914 Millionen Mark über den Ansatz für 1914 erhöht werden. In Kamerun wird die auch dort gegebene Fortentwicklung der Finanzen zur Zeit durch die ihnen bekannten Vorgänge am Summittar ungenügend beeinflusst. Infolgedessen konnte das Reich in Bezug auf seine militärischen Aufwendungen für die Stützpunkte entlastet werden. Der außerordentliche Etat hat sich mit rund 57 Millionen Mark ungefähr auf der Höhe des laufenden Jahres. Sämtliche Mittel sind, wie in früheren Jahren für laufende Ausgaben bestimmt, u. a. für Kamerun und Ostafrika mit rund 15 und 37 Millionen zur Weiterführung der begonnenen großen Eisenbahnen. Südwestafrika beantragt zunächst 5 Millionen Mark zur völligen Abwicklung seiner Schuldverpflichtungen aus dem Erwerb der Diabibah. Seit dem Jahre 1912 haben sich in der Organisation des Reichsdienstes einzelne Änderungen als notwendig erwiesen, die eine Ergänzung oder Abänderung des Verhältnisses erfordern. Dies geschieht hier unter anderem auf der Höhe der Beschäftigung. Es wird beabsichtigt, das gesamte Material in einer Besoldungsnabelle zusammenzufassen und ihrer Entscheidung zu unterbreiten. Eine alte Forderung des Kaufes hört weiter über Erfüllung: eine Aufbesserung der Bezüge der Militärsoldaten, wofür eine gesetzliche Unterlage geschaffen werden muß. Wir müssen uns aber hier wie überall nach der Decke strecken und uns einrichten, wenn wir nicht die Verhältnisse des Finanzwesens oder die des Steuerwesens gerüttelt wollen. Man glaubt nicht, wie großen, folgenreicheren Steuerkämpfen und Steuernerven man aus dem Wege gehen kann, wenn man nur rechtzeitig die Ausgaben den jeweils verfügbaren Mitteln anpaßt. Lassen Sie uns danach handeln! (Großer Beifall).

Präsident Dr. Kaempf: Weitere Wortmeldungen von den Herren Vertretern der Verbindeten Regierung liegen nicht vor. Wie gestern in Aussicht genommen, schloß ich nunmehr die Beratung vor. (Zustimmung).

Schluß nach 4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Interpellationen betreffend die Vorgänge in Bayern.

## Deutsches Reich.

Die amtliche Darstellung des neuesten Vorganges im Elsaß. Ueber den Vorfall in Dettweiler erhält Wolffs Telegraphenbureau von ausländischer Seite folgende Darstellung: Deutnant v. Borstner wurde heute (Dienstag) morgen in Dettweiler während einer Übung beschimpft. Bei dem Verlaufe der Festnahme drohte der Fabrikarbeiter Klant dem Gefreiten Witz, der die Schimpfen den verfolgte: „Marte, Junge, gleich wirst Du gemißt!“ Dabei rief er in die Laube, in der nachher ein Messer gefunden wurde. „Was Klant nun festgenommen werden sollte, schlug er dem Gefreiten Witz mit der Faust ins Gesicht und schrie sich auf dem Boden hin. Diese Worte des Gegen und schlug Klant über den Kopf. Nun ließ dieser sich festnehmen. Er hat eine 10 Zentimeter lange Wunde am Kopf. Klant wurde dem Bürgermeister in Dettweiler übergeben.

Der am Montag in Bayern eingetroffene Generalmajor Kühne hatte im Laufe des Vormittags eine Konferenz mit dem Kreisdirektor Maßl und sich nachmittags 1 Uhr wieder nach Straßburg zurückgekehrt. Der Kreisdirektor erklärt durch Amtsblatt und Anschlag neuerdings einen Aufruf, in dem er die Bevölkerung eindringlich ermahnt, sie möge die Ruhe bewahren, und davor warnen, gegen die Offiziere beleidigende Ruhest auszuüben. Auch möchten die benannten Elemente dazu beitragen, die Leute vor der Bewegung von Ausschreitungen zu warnen.

Die Bürgermeister der Mittelstädte Elsaß-Lothringens hielten am Dienstag in Straßburg im Landtagsgebäude eine Versammlung ab, in der sie angesichts der Vorgänge in Bayern ihre Sympathie für diese Stadt und ihren Bürgermeister bekundeten. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der die Bestärkung ausgesprochen wird, daß durch das Verhalten der Militärbehörde das Staatsinteresse in unerwarteter Weise schwer geschädigt worden sei. Die Versammlung stellte fest, daß seitens des Kommandos der Garnison Bayern ein schwerer Eingriff in die Polizeigewalt des Bürgermeisters unter Verletzung der Landesgesetz verübt worden sei. Zum Schluß wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der allen Bürgermeistern auf Grund ihrer Ernennungsurkunde im Namen des Kaisers zugesicherte Schutz bei der Ausübung ihrer Befugnisse seitens der Militärbehörden respektiert werde.

Der Standpunkt der Militärbehörde bringt eine Auslassung der „Post“ zum Ausdruck, wonach Oberst v. Winter an eine planmäßige Vorbereitung der jüngsten Unruhen glaubt. Es steht fest, daß die Offiziere sich am Freitag keineswegs herausfordernd benommen haben und ohne Grund beschimpft sind. Zu ihrem Schutze mußte die Wache aufgebaut werden, weil Polizeibeamte nicht zur Stelle waren. Die Mittel der Zivilbehörde reichten zur Unterdrückung größerer Unruhen nicht aus. Die Militärbehörde mußte Verabredungen von Offizieren und Kommandanten mit eigenen Mitteln

verbindern, sie könne nicht dulden, daß Offiziere beschimpft werden; nachträgliche Bestrafungen bei der Zivilbehörde würden zur Feststellung der Täter nicht führen. Die gestrichliche Bezeichnung in Bayern habe ergeben, daß eine fünfjährige Beurlaubung der Massen verübt und erreicht worden ist, und zwar von Personen, die schon lange auf Zusammenstoße hinarbeiten.

### Von der Reichsversicherungsbildung.

Auf Grund des Artikels 100 des Einführungs-gesetzes zur Reichsversicherungsordnung hat der Bundesrat folgendes bestimmt: Gehen Mitglieder vorhandener Ortskrankenkassen, die nicht zum 31. Dezember 1913 aufgelöst oder gelöst worden, bei der erstmaligen Bildung von allgemeinen Ortskrankenkassen oder von Land-krankenkassen vom 1. Januar 1914 ab in solche Kassen über, so kann das Versicherungsamt einen dem Mitgliederüber-gang entsprechenden Teil des Vermögens der vorhandenen Ortskrankenkasse den Krankenkassen zuweisen, in welche diese Mitglieder übergehen. Auf Beschluß des Reichsrats das Oberversicherungsamt (Beschlußkammer) einbringlich.

### Submissions- und Lieferungsverfahren.

In der Dienstag-Sitzung der 15. Kommission des Reichstags zur Regelung des Submissions- und Lieferungsverfahrens gab Ministerialdirektor Dr. Caspar eine Erklärung ab, daß mit Rücksicht auf die neuerlichen Erklärungen der preussischen Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten, wozu eine reichspolitische Regelung der Materie nicht möglich sei, die Regierungsvertreter sich ausser weiterhin an den Arbeiten der Kommission nicht aktiv beteiligen, sondern nur auf gewünschte Anfragen über die tatsächlichen Verhältnisse Aufschluß geben könnten. Trotzdem beschloß die Kommission, ihre Arbeiten fortzusetzen, da sie hofft, auf einem für die Regierung annehmbaren Resultat zu kommen.

### Ueber die Verfassung des Kriegsauszeichnungs als Andenken.

über die kirchlich eine Allerhöchste Kabinettsorder ergangen war, hat das Kriegsministerium Ausführungsbestimmungen ergehen lassen. Danach kommen als vor dem Feinde erdorbene Orden und Ehrenzeichen in Betracht:

1. Orden pour le mérite, des Eheren Kreuz; 2. Klasse, alle Orden mit Schwertern (nicht die mit Schwertern am Ringe), alle Orden (ohne Schwerter) am weißen Bande mit schwarzer Einfassung, Militärverdienstkreuz, Militärverdienstorden 1. und 2. Klasse, Altmärkische Ehrenzeichen am Bande mit einem schmalen schwarzen Streifen in der Mitte des weissen Streifens, die an wirkliche Kombattanten verliehene Hohenzollernsche Denkmünze mit der Umschrift „Seinen bis in den Tod getreuen Kriegern“. Bei Auslieferung dieser Auszeichnungen sind die Hinterbliebenen zu befragen, ob sie dieselben zur Aufbewahrung als Andenken zu behalten wünschen. Zutreffendenfalls sind ihnen — wenn nicht besondere Gründe entgegenstehen — die Auszeichnungen zu belassen, der Generalordenskommission aber hierüber Nachweisungen zusammen mit den alljährlich zum 1. November einzureichenden Veränderungsanmeldungen zur Ordnungssicht vorzulegen. Sollten Befehle vorliegen, den Hinterbliebenen die Auszeichnungen zu belassen, so sind der Generalordenskommission diese Befehle mitzuteilen und eventuelle Vorbehalte zur anderweitigen bayerischen Aufbewahrung der Dekorationen (in Kirchen, Gedächtnissen, bei Truppenteilen usw.) zu machen.

### Ein nationalliberaler Parteifreier gegen Herrn Wadhoff de Wente.

In Göttingen hielt der nationale Verein eine Versammlung ab, in welcher die nationalliberalen Abgeordneten Gemann und Wadhoff de Wente als Referenten traten. Nachdem Herr Wadhoff de Wente gesprochen hatte, erklärte der nationalliberale Generalsekretär Jabel, er habe bei den Ausführungen des Vorredners, dem er im übrigen monche Freundschaft gesagt hatte, die scharfe Stellungnahme gegen links vermisst. In Westfalen hätten die Nationalliberalen sich mit den Konservativen, dem Bund der Landwirte und dem Zentrum zusammen geschlossen, und der Ausfall der letzten Bundtagswahlen habe die Nationalliberalen in der Regierungshaltung bestätigt. Der Bund der Landwirte betreibt in Westfalen eine einseitige Politik und halte mit den Nationalliberalen treue Kameradschaft. — Wir haben, so bemerkte hierzu mit Recht die „Deutsche Tageszeitung“, dieser Aktifizierung des Herrn Wadhoff de Wente durch einen Parteifreund nur hinzu-zufügen, daß der Bund der Landwirte in Westfalen keine andere Politik treibt als anderswo; die Schlussfolgerungen aus dieser Feststellung liegen wohl auf der Hand.

### Kleinere politische Nachrichten.

\* Rücktritt des sächsischen Kriegsministers. Der sächsische Kriegsminister Generaloberst Freiherr v. Gauen wird in absehbarer Zeit seinen Posten verlassen. Als Nachfolger werden genannt: Generalmajor v. Carlowitz, ein Freund des Königs von Sachsen, und Generalmajor Eder von der Wänsch, der Chef des sächsischen Generalstabes.

\* Der baltische Etat. Nach dem durch den Finanzminister Dr. Meinholt am Dienstag der Zweiten baltischen Kammer vorgelegten Etatsanschlag für die Jahre 1914/15 beläuft der ordentliche Etat für diese beiden Jahre in den Ausgaben mit jährlich 105 831 600 Mk. (gegen 1912/13 mehr 6 443 458 Mk.), in den Einnahmen mit jährlich 110 713 610 Mk. (gegen 1912/13 mehr 6 042 436 Mk.), also mit einem Einnahmeüberschuss von jährlich 4 889 102 Mk. und für die beiden Jahre zusammen mit einem solchen von 9 778 204 Mk. (gegen 6 705 414 Mk. in den Jahren 1912/13).

\* Die sächsische Zweite Kammer verhandelte am Dienstag in allgemeiner Vorbereitung über den Gesetzentwurf betreffend die Erhebung der Zuwachssteuer. Finanzminister v. Seydewitz begründete die Vorlage, welche die vom Reich seit dem 3. Juli 1913 nicht mehr erhobene Hälfte der Zuwachssteuer neuvermögen des Staats bezeichnen soll. Der Entwurf läßt für den Staat eine Einnahme von etwa 1 1/2 Millionen Mark erhoffen. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage an eine Kommission zur Weiterbearbeitung verwiesen.

## Eine Botschaft des Präsidenten Wilson.

Präsident Wilson verlas am Dienstag im Kongress auf Washington eine Botschaft, in der er u. a. sagte: Insofern Welt ist, wie ich denken kann, mit der ganzen übrigen Welt in Frieden. Mit jeder Debatte steigen die Nationen bereitwillig, sich durch friedliche Verträge zu Verbänden zu vereinigen, um Frieden, Wohlstand und Glückseligkeit zum Ziel haben. Der Präsident warnte sich dann der meiste, um die Frage zu, wobei er ausführte: Es kann keine friedliche Aussicht für den Frieden in Amerika geben, bis General Suva seine angebotene Autorität in Mexiko aufgeben hat und bis man sich durch Verhandlung mit ihm einverstanden ist, daß die Vereinigten Staaten bezügliche angebotene Regierungen, wobei Willigen man mit ihnen verhandeln werde. Der Präsident ging dann auf die Umstände ein, unter denen Guerta zur Macht gelangte und erklärte, die gegenwärtigen Zustände in Mexiko ließen es zweifelhaft erscheinen, ob die fundamentalen Rechte der Mexikaner und der in Mexiko wohnenden Angehörigen anderer Nationen mit Erfolg geschützt werden könnten. Diese Zustände bedrohten, falls sie lange anauzuhalten, die allgemeinen Interessen des Friedens, der Ordnung und eines erträglichen Daseins in den Ländern, die unmittelbar südlich der Vereinigten Staaten liegen. Der Präsident schloß dann fort: Die vollständige Zolllöschung Quercos schreibe immer mehr fort. Mit Bezug auf den Mexiko ist mit dem Frieden ein wenig ab. Der Zusammenbruch ist nicht fern. Er werden, wie ich glaube, nicht gezwungen sein, unsere Politik den nachstehenden Abwärts zu ändern, und dann, wenn das Ende kommt, können wir hoffen, die befriedigendste Ordnung in Mexiko durch das Zusammenarbeiten und die Energie solcher Männer wie merikanischen Volkes wieder hergestellt zu sehen, welche die Freiheit ihres Volkes über ihren eigenen Erbgang stellen. Der Präsident trat dann kurz aber eindringlich für die Reform des Vants und Umlaufmittelsystems ein, auf welche das Land mit Ungeduld warte, die es als eine Grundanlage für sein ganzes wirtschaftliches Fortschreiten und die für notwendig halte, um den Kredit von künstlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu befreien. In dieser Verbindung werde die ichwebende Umlaufmittellage den Farmen des Landes einen großen Dienst erweisen, indem sie sie mit anderen wirtschaftlichen gleichstelle. Mit Bezug auf die Kandidatur des Präsidenten habe ich ein wenig ab. Die Kandidatur durch Armbrusthagen im ganzen erfolgen sollte, doch wollte er die Parteifreunde nicht aufgeben, die das Resultat ratifizieren und das politische Programm ausstellen sollten. Weiterhin ging der Präsident auf das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Mexiko ein, wobei er erklärte, die Territorien könnten nicht als einfache Besitzungen betrachtet werden. Sie könnten nicht länger in eigenmächtiger Weise ausgebeutet werden, sondern müßten im Interesse der Völker verwaltet werden, die in ihnen leben. Schließlich der Präsident rief die Freiheit der Presse hervor, die er für notwendig halte, um die Augen zu behalten, daß sie sich jährlich einmal unabhängig werden sollten. Der Präsident trat schließlich dafür ein, daß die Regierung in Alaska eine Bahn baue und sie selbst in Verwaltung nehme, um die wirtschaftlichen Quellen des Landes zu erschließen. Zuletzt empfahl der Präsident den Beschäftigten der Eisenbahngesellschaften und trat dafür ein, daß der Kongress sich damit befasse, den höchst unruhigen und ungewissen Zuständen abzugeben, die gegenwärtig bei der Beschäftigung von Matrizen bestehen.

## Ausland.

Die Feier des Regierungsjubiläums Kaiser Franz Josefs. Das 50jährige Regierungsjubiläum des österreichischen Kaisers ist am ganzen Lande durch Gottesdienste und sonstige feierliche Veranstaltungen in würdiger Weise begangen worden.

Kein Bündnisvertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien. Die Wiener „Mitteilungsblätter“ erklären auf Grund von Gerüchten, die sie an auswärtiger Stelle empfangen hat, daß die aus Belgien stammenden Mitteilungen des „Daily Telegraph“ über einen angeblich zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien im Januar 1912 abgeschlossenen Bündnisvertrag von Anfang bis Ende erlogen sind.

Keine Militärkonvention gegen Oesterreich. Die Westfälischen Telegraphen-Agenten erklären auf zuverlässiger Quelle, daß die Meldung über eine im Frühjahr 1912 zwischen Rußland und den slawischen Staaten gegen Oesterreich-Ungarn, die Türkei und Rumänien abgeschlossene Militärkonvention und über irgendwelche Verpflichtungen, die Rußland in Zusammenhang damit übernommen habe, ebenfalls unrichtig ist und die vor kurzem verbreitete Nachricht, Rußland habe Rumänien während des Einrückens der Rumänen in die Grenze Bulgariens mit Kriegsmaterial unterstützt. Trotz des verschiedenen Ursprungs stammen diese Nachrichten offenbar von ein und derselben unbedeutenden Seite.

Das französische Ministerium demissioniert! In der französischen Kammer wurde am Dienstag bei der Beratung des neuen Anleihegesetzes die Steuerfreiheit der neuen Rente beantragt. Nach längerer Debatte erklärte Finanzminister Dumont, die Entscheidung der Kammer werde ebensowohl die alten wie die neuen Rentenbesitzer an und werde für den Zinssatz der Rente von 4 1/2 Prozent sein. Er werde jedenfalls die Verantwortlichkeit für die Anleihe nicht übernehmen, wenn ihre Steuerfreiheit nicht fest und klar ausgedrückt sei. Der Sprecher mußte wissen, was man ihm verkaufe. (Beifall der Beifall auf zahlreichen Banklen). Der von der Regierung unter Stellung der Vertrauensfrage genommene Budgetentwurf der Regierung wurde mit 200 gegen 288 Stimmen abgelehnt. Das Abstimmungsresultat wurde von der linken Seite mit stürmischen Beifall aufgenommen. Die Sozialisten riefen: Nieder mit dem Dreijahresgesetz. Das Ministerium hat seine Demission gegeben.

## Rumänien.

Türkische Truppen aus Ban, darunter Artillerie und Infanterie, sind in die dem rumänischen Lager gehörende Dorfstadt Katanen. Das kleine Detachement des Scheichs wurde vernichtet und sein Bruder gefangen genommen. Vierzig Kurden wurden getötet.

Ein Sozialistenführer Mitglied der Kgl. Akademie. Der belgische Sozialistenführer Vandervelde ist zum Mitglied der königlich belgischen Akademie gewählt worden.

## Luffahrt.

Ballon „Rudolf“ in Rußland gefangenhalten. In der Nacht zum Sonntag flog der Ballon „Rudolf“ von Witterfeld auf einem Flugzuge unter Führung des Herrn Bergaßfelders Liebenau auf. Als Passagiere waren Gertrud-Anne Willy Schulze-Nordhausen, Dr. Gertrud Bergaßfelders und Landmesser Otto-Nordhausen mit aufgezogen. Der Ballon stieg





Der Gaseinheitspreis — Gasautomaten.

Nachdem auch der Magistrat aus der Vorlage der Vermaltung der hiesigen Gas- und Wasserwerke über Einführung eines Einheitspreises für Gas zu Heizen und zu Koch- und Heizgasen...

Die Vorlage ist ziemlich umfangreich, da sich die Vermaltung mit allen vorgelegenen Änderungen zu eingehend wie möglich zu begründen. Sie führt sich dabei in vielen Fällen auf die Erfahrungen, welche unter gleichen Verhältnissen in vielen anderen Städten...

Am eingehendsten ist folgendes zu bemerken: A. Gaseinheitspreis. Zunächst ist festzustellen, daß die mehrfach geäußerten Befürchtungen, der bisherige Preis von 12 Pf. für 1 Kubikmeter Gas, welches zu gewöhnlichen Zwecken verbraucht wird...

Sie ist überaus eingehend und berücksichtigt die Verhältnisse der hiesigen Stadt, die sich durch die Einführung des Gaseinheitspreises von 14 Pf. im ersten Jahre einen Mehrertrag von rund 22 000 Mk. erwarten lassen...

B. Gasautomaten. Wie in allen anderen Städten, in denen neben dem Gaswerk auch ein Elektrizitätswerk besteht, hat sich hier seit Jahren eine Abwanderung von Heizgasverbrauchern zum Elektrizitätswerk vollzogen, welche dazu geführt hat, daß die Zunahme in der Heizgasabgabe von Jahr zu Jahr gerungen ist...

Die Vermaltung führt dazu aus, daß die bestehenden Gasabgabebedingungen für eine Ausdehnung des Gasverbrauches auf die minderbemittelten Bevölkerungsschichten nicht geeignet sind.

Die minderbemittelten Bevölkerungsschichten sind nicht geeignet sind. Der ohne Vermögen lebende, lediglich auf seinen Tageslohn angewiesene Arbeiter ist nicht in der Lage, für Anlage neuer Gasanlagen, für Aufstellung von Gasmessern, für Beschaffung von Gasabgabegeräten und Heizungsanlagen...

Eingehende Ausführungen sind der Bedeutung der Gasautomaten und dem Umfange ihrer Verwendung geteilt, aus denen hervorgeht, daß allein in Deutschland bis zum 1. Januar 1913 486 000 Gasautomaten aufgestellt waren. Die Erfahrungen, welche in Bezug auf die Einführung der Gasautomaten in anderen Städten gemacht wurden, sind ausgiebigste.

Die Einführung der Gasautomaten ist ein wichtiger Schritt zur Erreichung der Ziele, welche durch die Einführung des Gaseinheitspreises und der Gasautomaten erreicht werden sollen. Die Gasautomaten ermöglichen es, den Gasverbrauch zu messen und zu kontrollieren, was zu einer erheblichen Ersparnis führt.

Aus Halle und Umgebung.

Verteilung der Rinderkrankheit der „Bankier Ernst und Anna Haugener-Stiftung“.

Am 2. Februar 1914 findet wieder eine Verteilung der Rinderkrankheit der „Bankier Ernst und Anna Haugener-Stiftung“ statt. Neben der Unterstützung von verarmten Armen, welche unbeschädigt in Voll werden sind, sollen bekanntlich die Rinderkrankheiten in der Gegend von Halle und Umgebung...

Bei Privatleuten oder Privatbetrieblern ihren Studien mit Erfolg abgelesen haben. Die Stipendiaten sollen möglichst alle ihre Studien in Halle beginnen und Halle die Institute 2-3 Jahre zu ihrer Ausbildung beizubehalten. Um eine einheitliche gründliche Ausbildung dieser Studierenden zu ermöglichen, hat der Vorstand...

Veranstaltung. Dem Hofmarschall a. D. Julius Hofmann zu Halle wurde das Verdienstkreuz in Gold verliehen.

Der Kommunalverein Halle-Ort hielt am Montag im „Lichtbild Gesellschaftsraum“ eine Versammlung ab. Der Vorsitzende berichtete über die Ausführung der in der vorigen Versammlung gefassten Beschlüsse, auf die Eingaben an die Reichsregierung, die in Halle nicht erfüllt werden konnten...

Man wird im kommenden Jahre ein interessantes Stück Arbeit hier betreiben können, indem man, daß das Geld nicht in Halle bleiben konnte. — Eine Besprechung knüpfte sich hieran an. Aus den Berichten der hiesigen Gewerkschaften, wie des Gas- und Wasserwerks und Elektrizitätswerks, wurde die wesentlichen Punkte der Verhandlungen über den Bau der Wasserleitung...

Veranstaltung. Dem Hofmarschall a. D. Julius Hofmann zu Halle wurde das Verdienstkreuz in Gold verliehen.

Die Veranstaltung am Montag im Hofmarschall a. D. Julius Hofmann zu Halle wurde das Verdienstkreuz in Gold verliehen. Die Veranstaltung wurde von der Stadtverwaltung organisiert und wurde von den hiesigen Gewerkschaften unterstützt.

Advertisement for 'Coral Bonbons' featuring an illustration of a man and a woman, and the text: 'Wenn jemand eine Reise tut... Was nützt es, sich auf Fahrten mit der Eisenbahn, dem Auto oder Wagen über Staub in den Waggons, auf den Landstraßen und in den Städten zu belagern? Staubplage läßt sich nicht beseitigen. Wohl aber kann man für eine Erfrischung der Mundhöhle und der Stimmorgane Sorge tragen. Bei solchen Fahrten sind die Coral-Bonbons unentbehrlich, denn sie bereinigen die Trockenheit in Mund und Hals, machen Atmung und Stimme frei und lindern etwaigen Hustenreiz, Heiserkeit und ähnliche Indispositionen.'

